

Essen, 9. Juni 2020

Liebe Leute von P4F Essen und den weiteren Organisationen und Initiativen,

es ist ein großer Verdienst der Aktivist*innen von *Fridays for Future*, dass niemand mehr um das Thema Klimawandel herumkommt und es darf auch nicht durch die Corona-Pandemie von der Agenda verdrängt werden. Deshalb bedanken wir uns dafür, dass Sie mit den Fragen und Vorschlägen an die Fraktionen und die Verwaltung daran erinnern, dass der Klimawandel auch in Corona-Zeiten aktuell bleibt und es weiterer großer Anstrengungen der Stadtgesellschaft in Essen bedarf, damit er gebremst werden kann.

Es bleibt allerdings hoch umstritten, wie engagiert gegen den Klimawandel gekämpft werden muss. Das war auch in der Ratssitzung am 10. Juli 2019 strittig, auf dessen Beschlüsse sich Ihr Anschreiben bezieht. Die Ratsfraktion DIE LINKE hat sich bei der Abstimmung zu dem dort gefassten Klimabeschluss enthalten, weil er zwar viel Richtiges enthielt, aber nichts wirklich Neues und aus unserer Sicht ausschließlich dazu diente, die Ausrufung des „Klimanotstandes“ zu verhindern. Wir hatten gemeinsam mit den Grünen den Antrag auf Ausrufung des „Klimanotstandes“ gestellt, der abgelehnt worden ist. Damit wurde auch der Kern des Antrages, die Stadtverwaltung solle in den Entscheidungsvorlagen jede anstehende Maßnahme auf Klimaschädlichkeit prüfen, abgelehnt. Der Klimanotstand und die damit einhergehenden Maßnahmen scheiterten somit an den Fraktionen von SPD, CDU, FDP, EBB und den meisten anderen kleinen Fraktionen und Gruppen. Deshalb begrüßen wir auch Ihren Vorschlag, nach Einführung einer „Klimaampel“, anhand der „Orientierungshilfe für die Prüfung klimarelevanter Beschlussvorlagen in kommunalen Vertretungskörperschaften“ des Deutschen Städtetages, weil der in eine ähnliche Richtung geht. Die Verwaltung hat jetzt in der letzten Ratssitzung mitgeteilt, dass sie eine „Klimaampel“ einführen wird, ein Jahr nach unserem Antrag.

Leider wurde letztes Jahr mit unserem Antrag ebenso abgelehnt, dass die Stadtverwaltung die Rolle des Klimaschutzes als eine Querschnittsaufgabe wahrnehmen und entsprechende Strukturen in der Verwaltung schaffen soll. Mit einem solchen interdisziplinären Ansatz könnten bessere Ergebnisse erzielt werden.

Viele Ihrer Fragen beziehen sich auf das Verwaltungshandeln und können deshalb viel besser von den entsprechenden Fachbereichen beantwortet werden. Wir berichten aber gerne von unseren Aktivitäten und Vorstellungen, die wir mit den begrenzten Möglichkeiten einer kleinen Fraktion versucht haben umzusetzen. Als linke Partei ist uns dabei „Klimagerechtigkeit“ wichtig, denn die sozialen Auswirkungen des Klimawandels sind asymmetrisch: Arme Länder leiden mehr als reiche Länder und arme Menschen mehr als wohlhabende. Das ist in Essen nicht anders. In den verdichteten Vierteln z.B. der Innenstadt und der angrenzenden Stadtteile in denen die Menschen mit weniger Geld wohnen, wird die Zunahme der Hitze unerträglicher sein als in den grünen Vororten. Diese Menschen werden sich auch keine E-Autos leisten können. Sie brauchen hingegen Unterstützung bei der Ausstattung ihrer Haushalte mit klimaeffizienten Haushaltsgeräten.

Verkehrswende gestalten

Die im letzten Jahr veröffentlichte Umfrage zum Mobilitätsverhalten der Essener Bevölkerung hat erschreckend deutlich gemacht, dass die Stadt Essen von einer Verkehrswende weit entfernt ist. Diese ist aber eine wichtige Voraussetzung für den Klimaschutz. Der Anteil des Autoverkehrs am „Modal Split“ ist von 55 % auf 56 % sogar leicht gestiegen. Die Steigerungen beim Radverkehr von 5 auf 7 % gehen ausschließlich zu Lasten des Fußverkehrs und die Nutzung des ÖPNV hat sich nicht erhöht. Das selbst auferlegte Ziel des „Modal Splits“, also 25 Prozent pro Verkehrsmittel zu erreichen, ist nicht näher, sondern weiter weggerückt.

Wer eine Verkehrswende für Essen möchte, muss aufhören, auf den Vorrang fürs Auto zu setzen. Essen ist in den 60er Jahren als autogerechte Stadt geplant worden und muss massiv in Richtung ÖPNV, Rad- und Fußverkehr umsteuern. Stattdessen streut die GroKo aus SPD und CDU immer wieder Sand ins Getriebe, wenn es um Veränderungen in diese Richtung geht. Das gilt für den Nahverkehrsplan, wo lediglich die Variante „Status Quo plus“ statt „Ausbau“ beschlossen wurde, für die sowieso schon viel zu sehr abgespeckte Umweltspur auf der Schützenbahn, für Fahrradstraßen und vieles mehr.

Zum Nahverkehrsplan hatte die Fraktion DIE LINKE Anträge für die Variante „Ausbau“ und zur Verbesserung der Taktzeiten gerade im Bereich frühmorgens und abends gestellt, die auch ohne die Bahnhofstangente und der damit verbundenen Kapazitätserweiterung der Bahnlinien im Bahnhofstunnel möglich gewesen wäre. Bei der Mobilitätsumfrage werden zu geringe Taktzeiten als ein wesentlicher Kritikpunkt am ÖPNV angeführt. Des Weiteren hat sich DIE LINKE für die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets eingesetzt. Bund und Land müssen die Stadt Essen bei den 27 Mio. Euro Kosten für dieses Ticket unterstützen. Ein solches Ticket wäre auch aus sozialen Gründen wichtig, denn das aktuelle sog. Sozialticket kostet mit 39 Euro im Monat deutlich mehr als im Hartz-IV-Regelsatz für Mobilität vorgesehen ist. Außerdem ist es längst überfällig, den Nahverkehr im Ruhrgebiet zusammen zu führen.

Für die Anbindung des Quartiers 51 an den Nahverkehr hat die Fraktion DIE LINKE beantragt, zu prüfen, wie eine Anbindung an den schienengebundenen Nahverkehr bereits vor dem Erstbezug durch die neuen Anwohner*innen zu erreichen ist und nicht erst nach der Fertigstellung der Bahnhofstangente. Dabei sollte auch eine mögliche Umsetzung der Vorschläge des Fahrgastverbandes Pro Bahn geprüft werden. Das ist leider von der GroKo abgelehnt worden.

Auch bei der Einführung der Umweltspur gelang kein großer Wurf. Anfangs wollte die GroKo noch nicht einmal dessen Einführung auch nur prüfen lassen. Dagegen haben wir uns von Anfang an dafür eingesetzt, dass eine Umweltspur auf dem kompletten Cityring rund um die Innenstadt eingeführt wird. Zuletzt haben wir im Februar noch gemeinsam mit den Grünen Verbesserungen für die jetzige Rumpflösung beantragt, wie z.B. eine Planung für eine leistungsfähige Nord-Süd-Radachse durch die Innenstadt und Planungen für eine komplette Umweltspur auf dem City-Ring. Außerdem haben wir eine Breite von 4,50 m in der Höhe des Viehofer Platzes beantragt und eine Pfortnerampel am nördlichen Ende des Rathaustunnels. Das hatten die ursprünglichen Planungen der Verwaltung auch erst vorgesehen. Weil dieser Antrag vom Bauausschuss abgelehnt worden ist, haben wir die von der Verwaltung vorgeschlagene Rumpflösung zur „Umweltspur“ abgelehnt.

Leider drücken sich CDU und SPD vor weiteren Entscheidungen zur Begrenzung des Autoverkehrs wie zuletzt bei der Verhinderung des Abbiegezwanges in die Rüttenscheider Straße. Dabei wäre das die Voraussetzung für die Umwandlung in eine Fahrradstraße gewesen. Denn der von der Stadt beauftragte Verkehrsgutachter hat die Ausdünnung des Verkehrs auf dem mittleren Stück der Rü für dringend notwendig gehalten, da die Fahrradstraße bei gleichzeitigem Wegfall der Radwege auf dem Bürgersteig sonst zu einer Verschlechterung der Situation für die Radfahrer*innen führen würde. Mit Abbiegezwang würde der Durchgangs-Autoverkehr laut Berechnungen um mindestens 25 Prozent zurückgehen. In den letzten zwei Jahren sind auf der Rü leider sieben Fußgänger*innen und drei Radfahrer*innen zum Teil schwer verletzt worden. Der geplante Beschluss wird die Probleme eher verschärfen.

Zum Parkraumbewirtschaftungskonzept für das Stadtgebiet Essen hat DIE LINKE beantragt, zu prüfen, wie das Parken im öffentlichen Raum vor allem in der Parkzone 1 weiter eingeschränkt und auf Kurzzeitparken beschränkt werden kann, ob der Parkverkehr noch stärker in Parkhäuser verlagert werden kann und ob die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs für den Besuch der Innenstadt gefördert werden kann, z.B. auch durch Werbung für eine Subventionierung von Tickets durch die Geschäfte.

Mehr und bessere Rad- und Fußwege

Die Groko bremst auch bei dem notwendigen Ausbau des Radverkehrsnetzes, wie beim geplanten Bau des Radschnellweges RS1 durch das Eltingviertel. Dort hat sie im Herbst letzten Jahres den Prozess mit einer Machbarkeitsstudie für den ebenerdigen Verlauf weiter verzögert. Dabei hat die Verwaltung einen guten Kompromissvorschlag vorgelegt, der die Interessen nach einem schnellen

Bau des RS1 und einer guten städtebaulichen Lösung unter einen Hut bringt. Das liegt jetzt wegen des von der Groko verabschiedeten Prüfauftrages auf Eis. Die Planung sieht vor, dass der Damm zu 40 Prozent stehen bleibt, indem die Böschungen begradigt und durch Spundwände gesichert werden. So könnte der Bau des Radweges schnell beginnen und bereits in zwei Jahren fertig sein.

Der „Fahrrad-Klima“-Test des ADFC vom letzten Jahr hat deutlich gemacht, dass die geplanten Maßnahmen der Stadt Essen für die Verbesserung der Radinfrastruktur nicht ausreichend sind. Deshalb hat die Ratsfraktion DIE LINKE für den Haushalt 2020/2021 beantragt, dass für den Radwegebau an Hauptverkehrsstraßen 1,25 Mio. Euro zusätzlich in den Haushalt eingestellt und für die Planung des Ausbaus von Radwegen drei zusätzliche Planstellen eingerichtet werden.

DIE LINKE hat außerdem ein Konzept für getrennte, deutlich gekennzeichnete und möglichst auch mit Pollern abgesicherte Radwege an den Hauptverkehrsstraßen, bessere Verbindungen in die Innenstadt und eine gute Nord-Südverbindung gefordert. Weil aber auch die Fußwege besser und sicherer werden müssen, hat DIE LINKE auch beantragt, dass ein Fußverkehrsbeauftragter eingestellt wird.

Was dagegen nicht passieren darf, ist der weitere Ausbau der A 52, das gilt für die Durchstreckung durch das Essener Stadtgebiet, wie auch ein weiterer Ausbau zwischen dem Kreuz Essen-Nord und Gladbeck. Dies würde das Verkehrsaufkommen von jetzt 40.000 auf 58.300 Fahrzeuge täglich erhöhen und damit immerhin noch um 8.300 Fahrzeuge mehr als ohne einen Ausbau prognostiziert wird. Weitere zusätzliche überregionale Verkehre, ins-besondere Güterverkehre, würden angezogen werden. Die schwarz-gelbe Landesregierung sollte sich aus Sicht der Fraktion DIE LINKE besser für eine Nord-Süd-Bahn bzw. Straßenbahnverbindung von Bottrop nach Essen und den Ausbau des Nahverkehrs insgesamt einsetzen.

Angesichts dieser Gesamtsituation unterstützen wir natürlich den laufenden RadEntscheid.

Stadtgrün schützen, erhalten und ausbauen

Zu einem guten Stadtklima gehört natürlich auch möglichst viel Stadtgrün. Deshalb haben wir uns gegen das „Waldsterben“ in Essen durch nicht ausreichende Nachpflanzungen von abgeholzten Bäumen gewendet und uns für mehr Nachpflanzungen eingesetzt. Für den Haushalt 2020/2021 haben wir zuletzt 1,25 Mio. Euro für die Verbesserung der Pflegestandards der Grünflächen beantragt sowie eine Verdoppelung des Etats für die Bewässerung der Straßenbäume von 200.000 auf 400.000 Euro. Außerdem haben wir im Januar noch beantragt, dass die Baumpaten rechtzeitig vor Fällungen „ihrer“ Bäume informiert werden. Weil Grün und Gruga zugesagt hat, das in Zukunft zu berücksichtigen, haben wir unseren Antrag zurück gezogen.

Auch Dach- und Fassadenbegrünungen sind wichtig für das Stadtklima, denn sie sorgen für Abkühlung und bessere Luft. Eine Kombination von Solaranlagen und Dach- und Fassadenbegrünung ist technisch möglich und wünschenswert. Deshalb haben wir beantragt, dass bei der Errichtung von

Solaranlagen auf Dachflächen möglichst gleichzeitig die Dach- und Fassadenbegrünung erfolgen soll. Bei Dachflächen, auf denen die Errichtung einer Solaranlage aus den verschiedensten Gründen nicht möglich ist, sollte eine Begrünung geprüft werden.

Für den im April 2018 beschlossenen Aktionsplan „Vogel-, Bienen- und Insektenschutz“ haben wir die Einstellung von 360.000 Euro jährlich in den Haushalt beantragt.

Innenentwicklung statt Flächenfraß

Die Ratsfraktion DIE LINKE hat sich gemeinsam mit den vielen Bürgerinitiativen gegen die Pläne der Verwaltung gestemmt, Landschafts- und Naturschutzgebiete zu bebauen. Stattdessen setzt sie sich für die Innenentwicklung ein und hat für den Haushalt 2020/2021 beantragt, dafür 8,5 Planstellen einzustellen, damit ein Leerstandskataster und ein Baulückenkataster zur Innenentwicklung erstellt werden kann. Denn mit einer systematischen Erfassung und Mobilisierung von leer stehenden Wohnungen und ungenutzten oder nicht genutzten Flächen mit Baurecht könnten jährlich 50 - 100 Wohnungen geschaffen werden, ohne weiterhin Flächen zu versiegeln.

Ihre Vorschläge und Anregungen werden wir gerne auch gemeinsam mit Ihnen diskutieren. Einiges davon haben wir bereits „auf dem Schirm“, wie z.B. die „Klimaampel“. Anderes sind neue Anregungen für uns, darunter die Einführung einer basisorientierten Mitwirkung der Initiativen, Verbände etc. in Form eines „Runden Tisches Klimaschutz“. Das unterstützen wir ausdrücklich. Nicht zuletzt die Essener Klimakonferenz im Februar in der Zeche Carl hat die Vielfalt der Klimabewegung in dieser Stadt deutlich gemacht. Wir haben deshalb in der Ratssitzung Ende Mai einen Antrag für die Einführung eines „Runden Tisches Klimaschutz“ gestellt. Der wurde zwar vom Umweltausschuss am 2. Juni von der Groko mit der fadenscheinigen Begründung abgelehnt, es gäbe bereits genug Bündnisse für die Umwelt. Der Antrag kommt aber noch mal in den Rat am 24. Juni, so dass noch politischer Druck auf die Fraktionen von SPD und CDU ausgeübt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Giesecke
(Fraktionsvorsitzende)

Thorsten Jannoff
(Fraktionsgeschäftsführer)
